

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden
Bernauer-Strasse 10
Kurz für Nachdruck: Nr. 30011
Schriftleitung: U. Gumpelshausen
Dresden - N. L. Marienstraße 26/28

Regulierungsgebühr vom 1. bis 15. Februar 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mt.
Wohnbezugspreis im Monat Februar 3.40 Mt. einl. 24 Wg. Vollgebühren (ohne Vollausstellungsgelder).
Einzelnummer 10 Wg., außerhalb Dresdens 15 Wg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach
Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 55 Wg., für auswärts 40 Wg. Familien-
anzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Wg., außerhalb 20 Wg., die 90 mm breite Werbeanzeige
200 Wg., außerhalb 250 Wg. Offertengebühren 30 Wg. Kautionsgebühren gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Siepich & Reichardt,
Dresden, Politzstr. 10/11
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Nachr. 30011/30) Unverlangte
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Limbäcker
Johann-Georgen-Allee 8 Farnspr. 18777
Anerkannt gute preiswerte
Weine und Küche

KONDITOREI
Limberg
Prager Straße 10
Delikate
Pfannkuchen
mit diversen Füllungen
Spekulatius Pfund von M. 1.60 an

Vegetarisches Restaurant
Moritzstraße 14, I.
Beste naturgem. Gemüse, Mehl-, Milch- und Eierspeisen
Angenehmer, ruhiger Abendverkehr

Steuererhöhung in Sicht

Die erste Beratung des Reichskabinetts über den Etat für 1930

Die Basis des Youngplanes

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 5. Febr. Das Reichskabinet hat heute nachmittag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Müller eine Sitzung abgehalten, die sich mit der Gestaltung des Etats für 1930 befahte. Dieser Etat ist deshalb von ganz besonderer Bedeutung, weil er ja nicht nur der Haushaltsplan für ein einzelnes Jahr sein soll, sondern zugleich auch

die Grundlage für das Finanzprogramm abgeben muß, das auf dem Youngplan basiert und das die finanzielle Sanierung nicht nur des Reiches, sondern auch der notleidenden Länder bringen soll. Das, was heute der Reichsfinanzminister Molkenhauer den Mitgliedern des Reichskabinetts vortrug, begann mit einer wenig erfreulichen Erklärung, die sich aber angesichts der ganzen Lage unserer Reichsfinanzen kaum vermeiden ließ. Dr. Molkenhauer hat mitgeteilt, daß die beabsichtigte

Steuersenkung 1930 noch nicht kommen kann. Das Finanzprogramm, mit dem sich der Reichstag im Dezember des vergangenen Jahres befahte, kann vorläufig nicht durchgeführt werden. Ob es möglich sein wird, dieses Programm grundsätzlich aufrecht zu erhalten, ist auch noch eine andere Frage. Es ist auch eine große Frage, ob das Jahr 1931 schon die für unsere Wirtschaft so unumgänglich notwendige Steuersenkung wird bringen können, oder ob diese noch auf ein weiteres Jahr wird verschoben werden müssen.

Man wird es dem Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer nachsagen können, daß es ihm nicht leicht geworden ist, die Hoffnungen auf eine Steuersenkung fürs erste nicht nur zurückzuweisen, sondern gleichzeitig auch anzudeuten zu müssen, daß man

um eine Steuererhöhung nicht herumkommen kann. Trotz der Erleichterungen, die der Youngplan dem Reichshaushalt bringt, rechnet Dr. Molkenhauer für das Jahr 1930 mit einem Fehlbetrag von etwa 700 Millionen Reichsmark. Das ist ein riesiger Fehlbetrag. Seine Deckung ist nicht so ganz leicht. Dr. Molkenhauer hat dem Reichskabinet zur Beilegung dieses Defizits heute verschiedene Vorschläge gemacht, über die allerdings heute vom Kabinet noch keine Beschlüsse gefaßt worden sind. Das wird erst geschehen, wenn die Reichsregierung sich mit den Führern der Regierungsparteien ins Einvernehmen gesetzt haben wird. Man bei die in Aussicht genommene Vorsehung, die die Regierungsparteien über das Finanzprogramm der Regierung unterrichten soll, vom Donnerstag auf den Freitag verschoben. Am Freitagvormittag werden die Führer der Regierungsparteien sich in der Reichskanzlei versammeln, um aus dem Munde Dr. Molkenhauers zu erfahren, wie man das Defizit von 700 Millionen Reichsmark beseitigen kann.

Dr. Molkenhauer denkt zunächst daran, die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung in der Weise zu eliminieren, daß die Kredite an die Arbeitslosenversicherung gegeben werden sollen von der Angestelltenversicherung einkesselt und der Landesversicherung anderwärts. Es soll also nach den Plänen des Reichsfinanzministers Molkenhauer und seines Staatssekretärs Schäffer eine Art

Notgemeinschaft der Sozialversicherungen geschaffen werden, mit deren Hilfe die Arbeitslosenversicherung über die kritischen nächsten Jahre hinweggebracht werden soll. Für die kommenden Jahre rechnet man mit einer günstigeren Situation auf dem Arbeitsmarkt, da dann die schwachen Geburtenjahre den Arbeitsmarkt nicht so sehr belasten, und da man weiterhin mit einem Ansteigen der wirtschaftlichen Konjunktur rechnet.

Eine Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung würde ihr Defizit nicht ausgleichen können. Nach den Vorschlägen Dr. Molkenhauers soll die in Aussicht genommene Notgemeinschaft für die Dauer von etwa zwei Jahren getroffen werden. Wenn sich so das aus der Arbeitslosenversicherung erwachsende Defizit beseitigen läßt, so verbleibt

immer noch ein weiterer Fehlbetrag, der gedeckt werden soll durch eine Erhöhung der Biersteuer, von der man sich einen Erlös von 180 Millionen Reichsmark verspricht, und eine Erhöhung der Umsatzsteuer um 0,25 Prozent, die im Etatjahr 1930 dem Reich 100, den Ländern 80 Millionen bringen soll. Für den Fall, daß eine Erhöhung der Umsatzsteuer nicht gewünscht werden sollte, scheint man im Reichsfinanzministerium sogar an die Möglichkeit zu denken,

die Biersteuer um das Doppelte zu erhöhen, so daß aus ihr 360 Millionen Reichsmark fließen würden. Allerdings dürfte dieser Plan der doppelten Erhöhung nur im äußersten Notfall zur Verwirklichung gelangen, denn der harte Widerstand Bayerns ist hinreichend bekannt.

Die Sanierung der Länderetats

könnte nach den Vorschlägen Dr. Molkenhauers durch eine Erhöhung der Umlagen erfolgen oder durch die Ermächtigung, einen größeren Teil der Hauszinssteuer für die Zwecke der Verwaltung der Länder in Anspruch zu nehmen. Im übrigen sucht die Reichsregierung die Balancierung sowohl von der Einnahmenseite, als auch von der Ausgabenseite her

zu erreichen. Die in den ersten Beratungen der Reichsregierungspräsidenten vorgenommenen Streichungen an den Ausgaben sind noch niemals überprüft worden. Es wird nun auch darauf ankommen, ob noch weitere Streichungen erfolgen. So sind beim März-Etat bereits Posten in Höhe von 39 Millionen Reichsmark gestrichen worden. Allerdings hat der Reichswehrminister gegen diese Streichungen bereits Einspruch erhoben. Beim März-Etat spielt dann weiterhin auch die sogenannte Anerkennungsgeld für den Panzerkreuzer B (Ertrag „Vohrbrunn“) eine Rolle.

Unstritten ist ferner der Haushalt des Arbeitsministeriums. Es ist unter anderem zum Ausdruck gebracht worden, daß gewisse Leistungen für Wagnerrinnen nicht aus Reichsmitteln gezahlt werden sollen, sondern von den Krankenkassen getragen werden können, die nach dem gegenwärtigen Status als dazu in der Lage angesehen werden. Beim Reichswehrministerium spielen außerdem die Luftfahrtskonventionen sowie die Gelder für den Bau des Mittelatlantiks eine wesentliche Rolle. Erst wenn Klarheit über die sogenannten „echten Einsparungen“, also über

Einsparungen, die nicht bloß auf dem Papier stehen, sondern die eben tatsächlich in der Praxis erzielt werden, geschaffen ist, wird sich der finanzielle Bedarf des Reiches genau übersehen lassen. Dann wird man auch entscheiden können, ob man auf den so viel Hindernis in sich bergenenden Plan einer Verdoppelung der Biersteuer verzichten kann. Die Frage, ob durch einen Umbau des Steuersystems wenigstens in diesem Jahre eine Erleichterung der drückendsten und ungerechtesten Lasten herbeigeführt werden kann, soll in den Besprechungen mit den Parteiführern noch geklärt werden.

Die Besprechungen mit den Parteiführern am Freitag werden zeigen müssen, wie weit die Parteien mit dem Finanzprogramm der Regierung einverstanden sind. Schon jetzt läßt sich sagen, daß die Erhöhung der Umsatzsteuer auf ziemlich starken Widerstand stoßen wird. Ferner steht der Gedanke, den Reichsetat von den Krediten für die Arbeitslosenversicherung zu entlasten und die Kredite aus anderer Quelle stecken zu lassen, bei den Sozialdemokraten auf Widerstand. Dazu kommt dann noch der bereits hinlänglich bekannte Widerstand der Nationalen Volkspartei gegen die Erhöhung der Biersteuer, der sich naturgemäß bei einer Verdoppelung dieser Steuer ebenfalls verdoppeln wird.

Recht dürfte es der Regierung gerade nicht fallen, mit den sie stützenden Parteien zu einem Einvernehmen zu kommen. Man muß sich hierbei auch vor Augen halten, daß Fragen, wie die Streichung der Ausgaben für den Panzerkreuzer B an die grundsätzliche Haltung der Parteien rühren und die schwersten Kräfte auslösen können. Nun kommt noch hinzu, daß sich das Reichskabinet ja noch mit weiteren Fragen befassen muß, die dem Reiche ebenfalls Kosten verursachen werden. Hierher gehört auch

das kommende Kleinrentengesetz. Wenn dieses auch im wesentlichen nur eine juristische Präzisierung bringt, so bedeutet es doch schon allein dadurch eine starke Belastung der Kommunen. Schließlich hat, wie verlautet, der Reichsarbeitsminister noch dem Reichskabinet

Anträge über die produktive Erwerbslosenfürsorge vorgelegt, die ebenfalls den Reichsfiskus belasten werden. In den Besprechungen mit den Regierungsparteien am Freitag dürften wohl zunächst nur die Fragen behandelt werden, die mit dem Etat für 1930 in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Auf die Frage der Finanzreform wird man erst später eingehen können. Auch bei diesem Fragenkomplex werden sich recht beträchtliche Schwierigkeiten ergeben. Wie man diese Schwierigkeiten ausräumen wird, steht zunächst noch dahin, und mit einigem Recht, denn man weiß ja bei den bürgerlichen Parteien noch nicht einmal sicher, ob die Sozialdemokraten nach der Verabschiedung der Youngaatsche nicht plötzlich das dringende Bedürfnis verspüren werden, die Koalitionsgemeinschaft für eine Weile aufzugeben.

Erst wenn sich zeigt, ob die Sozialdemokratie bereit ist, auch nach der Verabschiedung der Youngaatsche an Deck des Koalitionsschiffes zu bleiben, wird man über Zulassen und Ausmaß der Finanzreform reden können. Fürs erste werden sich, wie gesagt, die Verhandlungen darum drehen, das Rassendefizit zu beseitigen, die Reichsfinanzen zu sanieren und die Möglichkeiten für eine allmähliche Ansammlung des so unbedingten Betriebsmittelfonds zu schaffen.

In Bausch und Bogen

Die erste Etappe auf dem Wege, den Haager Tributabmachungen Gesehkrast zu verleihen, ist mit der Annahme im Reichsrat vollzogen. Nun hätte nur noch der Reichstag seine Zustimmung zu geben und der Reichspräsident seine Unterschrift zu leisten, dann wären die Tributverpflichtungen ein uns völkerrechtlich bindendes deutsches Reichsgesetz geworden. Daß die Tribute unerfüllbar sind und uns, sobald wir in fraglos kurzer Zeit das Moratorium in Anspruch nehmen müssen, in eine sehr schwere Erschütterung unseres Wirtschaftslebens stürzen, wurde an dieser Stelle wiederholt dargelegt. Das ist im Grunde auch die Meinung der deutschen Sachverständigen, ja es ist sogar die Ansicht der zur Annahme bereiten deutschen Parteien einschließlich der Regierung. Und es ist auch aus den Verhandlungen im Reichsrat, insbesondere den Ausführungen des Generalberichterstatters, Ministerialdirektor Dr. Brecht, mit vollster Deutlichkeit zu entnehmen, daß niemand ernstlich an die Erfüllung der 57 Jahre lang laufenden Tributforderungen glaubt. Brecht meint darüber: „Die jetzt vereinbarten Annuitäten sind so hoch, daß von uns niemand die Verantwortung übernehmen kann, ihre Aufbringung und noch weniger ihren Transfer als gesichert zu betrachten. Wir haben in dieser Hinsicht die größten Zweifel.“ Man bedenke, was das heißt, wenn ein so vorsichtig keine Worte abwägender Diplomat wie der Berichterstatter Dr. Brecht erklärt, niemand könne die Verantwortung übernehmen. Es ist ein erneuter Beweis dafür, daß es in Deutschland keinen Politiker gibt, der an eine Erfüllung der von uns im Haag übernommenen Verpflichtungen auch nur zu hoffen wagt. Ruß es aber nicht angesichts dieser nicht weg zu disputierenden Tatsache jeden Beobachter auf das höchste verwundern, mit welcher Leichtgläubigkeit und mit welcher Geschwindigkeit der Reichsrat innerhalb einer kurzen Stunde eine Verpflichtung akzeptierte, die kind und Kindeskind in das schwere Joch einer noch gar nicht absehbaren Schuldnechtschaft stürzen wird? Daß sogar an Stelle eines nochmaligen Aufbäumens gegen die uns auferlegten Ketten aus dem Munde des Berichterstatters Genugtuung zu vernahmen war, über das, was im Haag erreicht sei. Natürlich, positiv ist nichts erreicht worden. Das weiß der Berichterstatter so gut wie jeder von uns. Er kennt auch die Verschlechterungen des Pariser Planes im Haag durch die Zusatzbelastungen, die es zahlreichem Sachverständigen nicht mehr möglich machen, den Youngplan wie ursprünglich als das kleinere Übel gegenüber dem Dawesplan zu betrachten. Die Genugtuung des Berichterstatters ist also eine rein negative. Er triumphiert darüber, daß mit dem Haager Abkommen der astronomische Zahlennahsinn des Londoner Ultimatums mit seinen 132 Milliarden nunmehr auch formell außer Kraft gesetzt worden sei. Wir betonen so r e m e l l. Denn praktisch war das Ultimatium ja mit dem Dawesplan und seinem Mechanismus zum Schutze unserer Währung schon längst erledigt. Nun kann es deshalb nur lebhaft bedauern, daß diese Ausgeburt der Siegesphrasen im Reichsrat dazu erhalten mußte, uns die Annahme der Tribute schmackhafter zu machen. Und ist es schließlich überhaupt ein Fortschritt, wenn eine trübsinnige Tributforderung durch eine — wie Brecht indirekt selbst zugeben mußte — nicht erfüllbare Forderung ersetzt wird. An dem Kern der Frage wird dadurch nichts geändert. Höchstens insofern, als die Weltmeinung den Unsinn des Londoner Ultimatums an den phantastischen Zahlen sofort erkennt, während sie bei den Zahlen des Neuen Planes leider anzunehmen scheint, sie könnten von Deutschland, da es ihn ja freiwillig angenommen hat, auch erfüllt werden. Die Nichterfüllung kann uns also auf Kommando einer deutschfeindlichen Ententepresse leicht von der urteilslosen öffentlichen Meinung der Welt als eine böswillige Handlung ausgelegt werden. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, ist der Fortschritt gegenüber dem Londoner Ultimatium und dem Versfaller Diktat ein sehr bedingter, die Genugtuung des Berichterstatters also ohne innere Notwendigkeit.

Welches sind nun die Gründe, die den Reichsrat bewogen haben, mit so auffälliger Hast das Haager Vertragswerk anzunehmen, von dessen Unerfüllbarkeit jedes einzelne Mitglied überzeugt ist? Dr. Brecht nannte vier Gründe. Und zwar läßt sich aus seinen Aeusserungen, wie denen führender Politiker der Koalitionsparteien, klar erkennen, daß für die Regierung der maßgebliche Grund unsere katastrophale Finanzlage ist. Der Druck der leeren Kassen, unter dem die Pariser und Haager Verhandlungen zu unseren Ungunsten ausgingen, setzt sich also zwangsläufig fort und muß jetzt bereits als Begründung für die Annahme eines unerfüllbaren Tributabkommens herhalten. So rächt sich die Energielosigkeit, mit der der Reichstag den Finanzkünstlers Dillferding solange zuließ, bis er ein Defizit von 1700 Millionen erwirtschaftet hatte. So rächt sich aber auch die Passivität des Reichstags, der alle Forderungen auf Senkung der Reichsausgaben mit der bequemen Ausrede der „Zwangsläufigkeit“ abtat. Und diese Zwangsläufigkeit wird unter Schidial. Denn jetzt ergibt sich ja aus unserer katastrophalen Finanz- und Wirtschaftslage bereits die zwangsläufige An-